

ich bin #wählerisch

Alle Infos zur Umfrage

Warum eine Umfrage unter Jugendlichen?

Am 24. September 2017 wird der neue Bundestag gewählt. Dieser kann neue Gesetze vorschlagen und beschließen. Er beeinflusst damit die Situation der Menschen in Deutschland erheblich. Bei der Wahl können alle Wahlberechtigten über 18 Jahren mit ihrer Stimme ausdrücken, was ihnen wichtig ist. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren haben diese Möglichkeit nicht. Doch auch sie haben ein Recht auf Partizipation und darauf, gehört zu werden.

Misch dich ein!

Wir geben dir die Chance, dem neu gewählten Bundestag deine Meinung zu sagen. Der UNICEF-JuniorBeirat ruft alle Jugendlichen in Deutschland dazu auf, vom 01. Juni bis zum 24. September an einer Online-Umfrage zu fünf verschiedenen Themen teilzunehmen, indem sie einzelne Aussagen dazu bewerten. Gleichzeitig können sie das für sie wichtigste Thema auswählen – zum Beispiel Bildung, Flüchtlinge, Nachhaltigkeit und Klima, Gleichberechtigung oder Rassismus und Nationalismus. Die Themen wurden vom JuniorBeirat und von Jugendlichen aus UNICEF-JuniorTeams ausgewählt. Die Ergebnisse übergibt der JuniorBeirat anschließend an den neu gewählten Bundestag.

An der Umfrage teilnehmen kannst du unter: www.unicef.de/wählerisch.

Hintergrundinfos zu den Themen der Umfrage¹

Bildung

a) Vorbereitungen auf Beruf und Alltag

Viele ältere Schülerinnen und Schüler wünschen sich im Unterricht mehr Tipps für den späteren Alltag als Erwachsene. Probleme wie Mieten, ein eigenes Konto bei der Bank, Versicherungen, Steuererklärungen oder ein sicherer Umgang im Internet werden häufig nicht ausreichend besprochen. Zwar gibt es durch Schülerpraktika oder Ausflüge in Berufsinformationszentren schon während der Schulzeit Hilfe bei der Berufswahl. Trotzdem fühlen sich viele durch die Schule nicht ausreichend auf eventuelle Alltagsprobleme vorbereitet. Aber müssen wirklich die Schulen Alltagswissen vermitteln oder doch eher die Eltern? Immerhin würde ein „Fach Alltagswissen“ die Unterrichtszeit für andere Fächer verkürzen. Und ist nicht so oder so „das Leben die beste Schule“?

¹ Die angegebenen Links dienen als Anstoß für eine tiefergehende Recherche und stellen nur eine kleine Auswahl an möglichen Informationsquellen dar.

Hier ist ein Interview mit Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, der ein „Fach Alltagswissen“ für weniger wichtig hält:
<https://www.facebook.com/morgenmagazin/videos/1131468946869922/?fallback=1>

Die Bildungsministerin Johanna Wanke unterstützt mehr Alltagstipps in der Schule:
<http://www.verbraucherbildung.de/artikel/bundesbildungsministerin-fuer-schulfach-alltagswissen>

b) Einheitliche Schulform

Kinder und Jugendliche gehen nach der Grundschule auf ganz unterschiedliche weiterführende Schulen. Die bekanntesten Schulformen sind momentan Haupt- und Realschule sowie das Gymnasium. Es gibt daneben aber auch noch viele weitere Schulformen. In vielen Bundesländern wird momentan darüber diskutiert, die Hauptschule aufzulösen und mit anderen Schulformen zu verbinden.

Der Vorteil an den unterschiedlichen Schulformen ist, dass zum Beispiel Kinder mit Lernschwächen oder Sprachschwierigkeiten eine angemessene Betreuung erhalten und sich der Unterricht den Bedürfnissen der Kinder anpasst. Der Praxisbezug in der Hauptschule erleichtert zudem den Einstieg in einen handwerklichen Beruf. Nachteile sind aber, dass vielen Kindern dadurch die Möglichkeit auf einen höheren Abschluss, wie das Abitur, stark erschwert wird, dass sich Jugendliche ausgegrenzt fühlen und dass eine soziale Spaltung verstärkt wird.

Diese Seite bietet einen Überblick über das dreigeteilte Schulsystem sowie über andere Schulformen:
<https://www.netpapa.de/schulformen-deutschland.html>

Der Bundestag hat 2006 eine Pro und Kontra Stellungnahme zu den Schulformen veröffentlicht:
<https://www.bundestag.de/blob/415418/fbae4a80b8f046f9f9ed7220225bb131/wd-8-231-06-pdf-data.pdf>

c) Einheitliches Bildungssystem

Deutschland besteht aus 16 Bundesländern und die Zuständigkeit für das Schulwesen liegt bei diesen Ländern („Föderalismus“). Das heißt, dass jedes Bundesland selbst darüber entscheiden kann, wie sein Bildungssystem gestaltet werden soll. So gibt es überall in Deutschland verschiedene Schulformen (Stadtteilschule, Gesamtschule etc.) und Kinder gehen unterschiedlich lange in die Grundschule (vier oder sechs Jahre). Das hat zwar den Vorteil, dass jede Landesregierung sich immer bemüht, das beste Schulsystem in Deutschland anzubieten. Allerdings wird es dadurch auch schwerer, zwischen den Bundesländern die Schule zu wechseln. Auch die Abiturprüfungen sind unterschiedlich schwer, sodass sich einige Schülerinnen und Schüler ungerecht behandelt fühlen.

Mehr zum Thema Bildungssystem:
<http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/zukunft-bildung/163283/das-bildungssystem-in-deutschland>

In diesem Portal des deutschen Bundestages diskutieren zwei Jugendliche über das einheitliche Bildungssystem:
http://www.mitmischen.de/diskutieren/topthemen/politikfeld_bildung/Pisa-2014/Pro-Contra-Kooperationsverbot/index.jsp

Flüchtlinge

a) Flüchtlingskinder in Schulen

Für alle Kinder in Deutschland gilt die Schulpflicht. Auch Flüchtlingskinder haben, unabhängig von ihrem Aufenthaltsrechtlichen Status, einen Rechtsanspruch auf Bildung. Wann Flüchtlingskinder jedoch zur Schule gehen können ist in den Bundesländern unterschiedlich geregelt. In einigen Bundesländern (zum Beispiel Berlin, Bremen oder Hamburg) geht das sehr schnell, in anderen (zum Beispiel Baden-Württemberg oder Bayern) beginnt die Schulpflicht aber erst nach sechs beziehungsweise drei Monaten Aufenthalt in Deutschland nach dem Asylantrag. Kinder in Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften können oft nicht zur Schule gehen und auch Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren haben oft einen erschwerten Schulzugang.

Häufig fehlen Lehrer oder gut ausgebildete Sozialpädagogen, die den Kindern beim Deutschlernen oder im Unterricht helfen können. Auch den Platz für neue Klassen und Schüler kann nicht jede Schule bieten.

Dieser Bericht fasst die rechtliche Situation sowie die praktische Umsetzung des Schulzugangs für Flüchtlingskinder zusammen:

http://www.b-umf.de/images/Recherche_Bildung.pdf

In diesem Portal stehen viele Infos über Flüchtlingsintegration allgemein und über die aktuelle Lage für Flüchtlingskinder:

<https://mediendienst-integration.de/artikel/bildungspolitik-zur-umsetzung-der-schulpflicht-fuer-fluechtlinge.html>

b) Integration durch Freizeit

Bei gemeinsamen Hobbies kommen Menschen zusammen und knüpfen Kontakte. Das Zusammenspiel im Orchester oder das Bolzen auf dem Fußballplatz kann dabei helfen, ein Gefühl von Gemeinschaft und Zusammenhalt zu entwickeln. Kulturelle Unterschiede oder Vorurteile können so überwunden werden und auch andere wichtige Fähigkeiten, wie zum Beispiel die deutsche Sprache, können einfacher und spielerischer erlernt werden. Diese Erfahrungen sind sehr wichtig, insbesondere für Menschen, die mit bestimmten sozialen Normen und Regeln, die in einer für sie neuen Gesellschaft gelten, noch nicht vertraut sind. Vor allem geflüchtete Kinder benötigen diese Form von Integration, nicht nur um ihre Kreativität auszuleben, sondern auch, um schnell Freunde in ihrem Alter zu finden. Manchmal scheitert der Zugang zu Aktivitäten jedoch bereits an alltäglichen Dingen. Ein funktionierendes Fahrrad zum Beispiel, um einen Ausflug zu machen, oder am fehlenden Geld für eine Busfahrkarte. Oft fehlt aber schon die Information darüber, was man wo mitmachen könnte.

Du möchtest wissen was in deiner Region für Flüchtlinge getan wird? Dann findest du auf dieser interaktiven Landkarte ein paar Beispiele:

<https://www.tagesschau.de/inland/hilfe-fuer-fluechtlinge-101.html>

In der Studie „*Kindheit im Wartezustand*“ von UNICEF ist die Situation von Kindern und Jugendlichen in Flüchtlingsunterkünften geschildert (Zusammenfassung auch als Download):

<https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/2017/studie-fluechtlingskinder-in-deutschland/137440>

c) Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt

Anerkannte Flüchtlinge dürfen grundsätzlich uneingeschränkt in Deutschland arbeiten. Asylsuchende, das heißt Menschen, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist, haben ein dreimonatiges Arbeitsverbot. Auch eine Ausbildung kann dann erst nach drei Monaten begonnen werden. Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern (zum Beispiel Albanien, Serbien oder der Kosovo) dürfen keiner Arbeit nachgehen.

Obwohl die Bundesregierung viele Programme entwickelt hat, um Flüchtlingen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, waren im März 2017 knapp eine halbe Million Flüchtlinge arbeitssuchend. Laut einer Umfrage der OECD und der DIHK fühlen rund 80 Prozent der Betriebe in Deutschland eine gesellschaftliche Verantwortung, Flüchtlinge einzustellen.²

Die Bundesregierung hat eine Übersicht über ihre Programme zusammengestellt:
<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2017/04/2014-04-13-integration-am-arbeitsplatz.html>

Die Umfrage „Nach der Flucht: Der Weg in die Arbeit“ der OECD und des DIHK:
<https://www.dihk.de/presse/meldungen/2017-03-15-oecd-studie>

Nachhaltigkeit und Klima

a) Nachhaltige Produktion und fair gehandelte Produkte

Eine nachhaltige Entwicklung entspricht den Bedürfnissen der heutigen Generation, ohne dabei künftige Generationen davon abzuhalten, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen. Diese weltbekannte Definition aus dem sogenannten „Brundtland-Bericht“ von 1987 gilt heute als Vorlage für die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sowie für die Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) der Vereinten Nationen.

Um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen, müssen bei der Produktion von Waren menschen-, tier- und umweltfreundliche Verfahren angewandt werden. Fair gehandelte Produkte sind solche, bei denen die Bauern und Arbeiter angemessene Löhne erhalten und die dabei meist umweltbewusst produziert werden. Jedoch sind nachhaltige Produktionsverfahren oftmals teuer, sodass diese nicht immer kurzfristig für die Unternehmen vorteilhaft sind, insbesondere für kleine Unternehmen.

Einige Videos, Artikel und weiterführende Links über Nachhaltigkeit, fairen Handel und das Fair Trade Siegel gibt es unter:

http://www.planet-wissen.de/gesellschaft/wirtschaft/fairer_handel/index.html

Auf utopia.de stehen viele Alltagstipps für ein nachhaltiges Verhalten:

<https://utopia.de/>

² Degler, Eva/ Liebig, Thomas (2017): *Nach der Flucht: Der Weg in die Arbeit. Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen in Deutschland*. OECD/DISK (Hrsg.). Aufzurufen unter: <https://www.dihk.de/presse/meldungen/2017-03-15-oecd-studie>.

b) Klimawandel

Sehr viele Akteure spielen in der internationalen Klimapolitik eine Rolle: Umweltschutzorganisationen, Firmen und natürlich auch Staaten und Staatenbünde. Die EU hat sich vorgenommen, den weltweiten Temperaturanstieg zu begrenzen, die Treibhausgasemission zu vermindern und Energien effizienter zu nutzen. Dafür handelt sie zum Beispiel mit CO₂-Ausstoß („Emissionshandel“). Auch Deutschland hat diese Ziele in seinem „nationalen Klimaschutzplan 2050“ festgelegt und geplant, dass der CO₂-Ausstoß bis 2050 um mindestens 80% gesenkt werden soll. Durch verschiedene Maßnahmen im Bereich Energie, Verkehr, Gebäudebau, Industrie oder Landwirtschaft soll der Klimawandel umfassend bekämpft werden.

Doch nicht alle finden zum Beispiel die Umstellung auf erneuerbare Energien gut. Durch hohe Strompreise und strenge Klimaschutzauflagen sind die Pläne der Bundesregierung für einige Vertreter aus der Wirtschaft eher von Nachteil. Vertreter aus der Zivilgesellschaft hingegen fordern von der Bundesregierung noch mehr klimafreundliche Gesetze und bezweifeln Deutschlands Rolle als „Klima-Vorreiter“.

Ein kurzes Erklärungsvideo zum Emissionshandel:
<https://www.youtube.com/watch?v=7EiJo0lvvGw>

In dem „Klimaschutzplan 2050 der deutschen Zivilgesellschaft“ fordern verschiedene Organisationen einen stärkeren Klimaschutz von der Bundesregierung:
<https://germanwatch.org/de/download/14935.pdf>

Gleichberechtigung

a) Männer und Frauen

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“, so steht es in Artikel 3 Absatz 2 des deutschen Grundgesetzes. Trotzdem ist dies in der Realität nicht immer der Fall. Laut Statistischem Bundesamt verdienen Frauen weniger Geld als Männer.³ Die Gender Pay Gap, also die Lohnlücke zwischen Mann und Frau, liegt bei 21 Prozent. Grund ist, dass Frauen häufiger in sozialen Berufen arbeiten, in denen die Gehälter generell niedrig sind. Außerdem arbeiten viele Frauen nur in Teilzeit, wodurch sie ebenfalls weniger verdienen und schlechtere Aufstiegschancen haben. Aber auch, wenn Frauen und Männer denselben Beruf ausüben, erhalten Frauen immer noch im Schnitt circa 6 Prozent weniger Lohn.

Seit kurzem gibt es ein Gesetz, das es Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglicht, Auskunft über die Gehälter im Betrieb zu erhalten. Dadurch entsteht mehr Transparenz und Frauen erfahren, wie viel Geld Männer in der gleichen Position verdienen. Größere Unternehmen müssen zudem regelmäßige Berichte über ihre Maßnahmen zur Gleichstellung veröffentlichen. Aber ob das wirklich ausreicht ist ungewiss. Kritiker befürchten, dass das neue Gesetz nur zu mehr Arbeitsaufwand für die

³ Statistisches Bundesamt (Destatis) (2017): *Verdienste auf einen Blick*. Aufzurufen unter:
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Arbeitnehmerverdienste/BroschuereVerdiensteBlick0160013179004.pdf?__blob=publicationFile.

Personalabteilung und zu Misstrauen innerhalb des Betriebes führt, nicht aber das Problem der Gleichstellung von Mann und Frau löst.

In diesem Artikel werden einige Pro und Kontra Argumente zur gesetzlichen Lohngleichheit aufgeführt:

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article161090092/Soll-man-gleiche-Bezahlung-fuer-Frauen-erzwingen.html>

In einer aktuellen Broschüre hat das Statistische Bundesamt die Lohnentwicklungen und Verdienste in Deutschland zusammengefasst:

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Arbeitnehmerverdienste/BroschuereVerdiensteBlick0160013179004.pdf?__blob=publicationFile

b) Gleichgeschlechtliche Paare

Laut einer Studie der Antidiskriminierungsstelle finden rund 83 Prozent der Befragten, dass die „Ehe für alle“, also auch zwischen zwei Männern oder zwei Frauen, erlaubt sein sollte.⁴ In Deutschland gilt der Begriff „Ehe“ jedoch (noch) nicht für homosexuelle Paare. Deren Verbindung bezeichnet man als „eingetragene Lebenspartnerschaft“. Nur die Ehe ist jedoch durch unser Grundgesetz in Art. 6 geschützt. Zudem können homosexuelle Paare nicht gemeinsam ein Kind adoptieren. Die Adoption muss nacheinander und einzeln erfolgen, was das Adoptionsverfahren verkompliziert und die Gerichtskosten erhöht.

Am 30. Juni 2017 wurde das Gesetz zur „Ehe für alle“ im Bundestag und am 07. Juli vom Bundesrat beschlossen. Dass in Deutschland die Ehe für homosexuelle Paare verhältnismäßig spät erlaubt wird, liegt zum großen Teil in traditionellen oder religiösen Werten und Überzeugungen begründet. In einem Interview mit dem YouTuber LeFlويد betonte selbst Kanzlerin Angela Merkel, dass für sie persönlich die Ehe das Zusammenleben von Mann und Frau bedeute. Es geht in der politischen Debatte um die „Ehe für alle“ also auch viel um gesellschaftliche Wahrnehmungen, Werte und Traditionen.

Auf dieser Weltkarte ist die rechtliche Situation für Homosexuelle in verschiedenen Ländern abgebildet:

<http://katapult-magazin.de/de/artikel/artikel/fulltext/gleichstellung-im-warteraum/>

Erklärungen zu den Begriffen Regenbogenfamilie, Adoption, Lebenspartnerschaft etc.:
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-08/gleichberechtigung-homosexuelle-paare-eltern-vormundschaft#regenbogenfamilie-info-5-tab>

⁴ Küpper, Beate/ Klocke, Ulrich/ Hoffmann, Carlotta (2017): *Einstellungen gegenüber Lesben, Schwulen und Bisexuellen in Deutschland. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage*. Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.), Berlin. Aufzurufen unter:
http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/Handout_Themenjahrumfrage_2017.pdf.

c) Kinder und Jugendliche

Knapp 2,5 Millionen Jungen und Mädchen in Deutschland gelten als arm oder armutsgefährdet. Im Osten von Deutschland sind rund 20% der unter 15-Jährigen von Hartz-IV abhängig, während es in den alten Bundesländern „nur“ 13 % sind.

Der Bildungserfolg eines Kindes ist häufig von der „sozialen Herkunft“ abhängig, wie verschiedene Studien beweisen.⁵ Kinder, deren Eltern keinen Universitätsabschluss haben, studieren zum Beispiel seltener. Zum einen haben weniger von ihnen ein Abitur, zum anderen können sie sich ein Studium häufig nicht leisten.

Experten fordern, dass mehr Geld insbesondere in die frühkindliche Erziehung gesteckt wird. Dadurch sollen alle Kinder schon von klein auf die gleichen Chancen haben, unabhängig davon, woher sie kommen oder wie viel Geld sie haben. Zwar gibt es bereits ein breites Kita-Angebot, die Qualität der Betreuung leidet aber immer noch häufig an zu wenig Personal und einem zu kleinen kreativen Angebot.

Der Mikrosoziologe Professor Hans Bertram warnt in dieser Analyse für UNICEF vor einer wachsenden Ungleichheit des Wohlbefindens von Kindern in Deutschland:

<https://www.unicef.de/informieren/materialien/analyse-offene-gesellschaft/144406>

Ein ausführlicher Artikel zu sozialen Aufstiegsmöglichkeiten ist hier zu finden:

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-06/soziale-ungleichheit-aufstieg-deutschland-vermoegen-einkommen-bildung>

Rassismus und Nationalismus

a) Aufklärung im Unterricht

Am 21. Dezember 1965 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Anti-Rassismus-Konvention verabschiedet. In dieser verpflichten sich die Vertragsstaaten, darunter auch Deutschland, unter anderem dazu, „insbesondere auf dem Gebiet des Unterrichts“ Maßnahmen zu treffen „um Vorurteile zu bekämpfen, die zu Rassendiskriminierung führen“ und die Völkerverständigung zu fördern.

Aber in der Schule werden die Themen Rassismus und Nationalismus nicht immer behandelt und auch auf dem Schulhof und im Klassenzimmer selbst kommt es zu diskriminierenden und fremdenfeindlichen Beleidigungen und Vorurteilen.

Zwar gibt es Initiativen wie das Projekt *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*, bei dem sich das Personal und die Schüler selbst dazu verpflichten, sich gegen Diskriminierung einzusetzen und Unterrichtsmaterial von der Initiative gestellt bekommen. Aber es fehlen immer noch „Praxistipps“, um im Alltag mit rechtsextremen und fremdenfeindlichen Äußerungen umzugehen. Was denkst du? Hast du das Gefühl, dass an deiner Schule ausreichend über diese Themen gesprochen wird?

⁵ Z.B. Middendorf, Elke et al. (2013): *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012*. 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Bonn/Berlin. Aufzurufen unter: <http://www.studentenwerke.de/de/content/20-sozialerhebung-des%2%A0deutschen-studentenwerks>.

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat Unterrichtsmaterial zum Thema Rassismus zusammengestellt:

<https://www.bpb.de/shop/lernen/themenblaetter/224136/alltaeglicher-rassismus>

Unterlagen von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage:

<http://www.schule-ohne-rassismus.org/materialien/publikationen/>

b) Nationale Interessen

Momentan hört und liest man in den Zeitungen, im Radio und im Fernsehen viel von wachsendem Nationalismus in der Weltpolitik. Großbritannien wird aus der EU austreten, Donald Trump verfolgt eine „America first“-Strategie, Rechtspopulisten in Ungarn, Polen, Österreich, Frankreich, Deutschland und vielen anderen Staaten werden laut und die EU scheint bei grundsätzlichen Fragen wie der Flüchtlingspolitik keine gemeinsame Lösung zu finden. Auf der anderen Seite gab es weltpolitische Konflikte schon immer. Und auch solche Stimmen, die sich für Einigkeit und Zusammenarbeit einsetzen, beginnen sich zu wehren. Mit friedlichen Demonstrationen, Musik, Kultur, Wissenschaft, Satire und sachlichen Diskussionen zeigen die Menschen weltweit, dass sie nichts von der Abschottungspolitik halten.

Im SPIEGEL spricht Henrik Müller von einem „gefährlichen Nationalismus“:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/gefahrlicher-nationalismus-falsche-patrioten-und-ihre-versprechen-a-1135396.html>

In der FAZ möchte Rainer Hank das Verständnis von Nationalismus den rechten Populisten streitig machen:

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kommentar-ein-loblied-auf-den-nationalismus-14895109.html>